

**SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt**  
**Parteitag/Mitgliederversammlung**  
**27. April 2024**

**Beschlüsse**

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	11
Antragssteller	Unterbezirksvorstand
Betreff	Ein gerechtes, solidarisches und weltoffenes Europa.
Adressat	SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

- 1 Die Europawahl am 9. Juni entscheidet über Europas Zukunft. Können wir unser europäisches
- 2 Gesellschaftsmodell mit Freiheit und sozialem Fortschritt bewahren, umweltgerecht
- 3 modernisieren und in friedlicher Partnerschaft mit den Völkern der Welt weiter ausbauen?
- 4 Oder droht der Rückfall in nationalistische Abgrenzung, internationale Isolation und
- 5 menschenfeindlichen Hass wie ihn die Rechtsradikalen und Neonazis propagieren?
  
- 6 Die Wahl der vermeintlich post-faschistischen Regierung Giorgia Melonis in Italien und die
- 7 Regierungsbeteiligung der rechtsnationalistischen Schwedendemokraten in Schweden
- 8 zeigen: In vielen Mitgliedstaaten der EU sind Regierungen in jüngster Zeit unter den Einfluss
- 9 der Rechtsradikalen geraten. Das schwächt Europa. Es schadet dem Zusammenhalt, dem
- 10 wirtschaftlichen Fortschritt und erschwert die in diesen Zeiten so wichtige globale Rolle der
- 11 EU. Mit dem Satz "Hesse ist, wer Hesse sein will", hat der legendäre sozialdemokratische
- 12 Ministerpräsident Georg-August Zinn nach dem II. Weltkrieg unser Land geprägt.
- 13 Menschenfeindlicher Rassismus und Rechtsextreme Hetze dürfen bei uns keinen Platz haben.
  
- 14
  
- 15 Die SPD Kassel wird durch ihren Einsatz und ihre Politik ihren Beitrag in dieser zentralen
- 16 Auseinandersetzung leisten. Bei der Europawahl kämpfen wir für den Erfolg unserer
- 17 sozialdemokratischen Kandidatinnen und Kandidaten und für die spielbestimmende Rolle der
- 18 sozialdemokratischen Fraktion in einem starken demokratischen Europäischen Parlament.
- 19 Kassel profitiert enorm durch die Errungenschaften der europäischen Integration. Die
- 20 Kulturlandschaft und die Grimm-Heimat Nordhessens ist einer der klaren Gewinner der
- 21 Europäischen Vereinigung. 6 Millionen € gab es aus dem Europäischen Fonds für regionale
- 22 Entwicklung (Efre) für den Bau der Grimm-Welt. Auch der Umbau des Hochbunker Agathof
- 23 mit der geplanten Revitalisierung und dem Umbau zum Kulturzentrum wird mit rund 700 000
- 24 € aus Brüssel unterstützt. Das Kommunale Jugendbildungswerk der Stadt Kassel hat über die
- 25 vergangenen Jahre weit über 100 000€ für internationale Jugendbegegnungen und Kultur- und
- 26 Austauschprojekte für Kasseler Jugendliche aus dem Fördertopf Erasmus+ Jugend in Aktion
- 27 erhalten.
  
- 28 Auch die hessische Landwirtschaft bezieht massive Agrarsubventionen durch die EU, die
- 29 nordhessische Wirtschaft profitiert enorm vom Binnenmarkt sowie von diversen
- 30 Strukturprogrammen und im Jahr 2023 gingen 53,8% aller deutschen Exporte in EU-Staaten.
- 31 Zahlreiche Arbeitsplätze und Haushalte in der Region hängen von diesen wirtschaftlichen
- 32 Rahmenbedingungen ab. Die SPD Kassel ist sich dieser Bedeutung des vereinten Europas
- 33 für unser aller Leben bewusst. Wir bekennen uns klar zu dem Friedensprojekt Europa und
- 34 stehen für soziale Gerechtigkeit und umweltfreundlichen wirtschaftlichen Fortschritt auf dem
- 35 Kontinent. Wo andere Angst und Hass sähen, bauen wir auf Menschlichkeit und die Kraft zum

36 Gemeinsinn. Unsere Vision von einer freien und sozialen Gesellschaft steht in starkem  
37 Gegensatz zum zerstörerischen Weltbild der neuen und alten Rechten.

38 Wir streiten für ein weltoffenes und solidarisches Europa. Mit einem fortschrittlichen und  
39 gerechten Nordhessen in seiner Mitte. Nordhessen liegt im Herzen Europas und verknüpft  
40 Tradition mit Zukunft: Unsere Region ist nicht nur für ihre starke verarbeitende Industrie und  
41 als zukunftsweisender Wissenschaftsstandort bekannt, sondern auch für ihre Vorreiterrolle in  
42 der nachhaltigen Transformation. Wir wollen, dass Nordhessen mit seinem Engagement für  
43 erneuerbare Energien und moderne Mobilität eine Vorbild-Funktion einnimmt für den  
44 sozialverträglichen Klimaschutz in Europa.

45 Wir stehen vor den riesigen Herausforderungen und Umwälzungen der sogenannten 4.  
46 industriellen Revolution. Eine so gewaltige Transformation von Industrie, Verwaltung und  
47 Handwerk darf nicht dem freien Spiel der Kräfte bzw. den Marktgesetzen überlassen werden,  
48 sondern muss sozial und ökologisch gestaltet werden. Die Energie- und Mobilitätswende muss  
49 alle einbeziehen und sie darf nicht zu Lasten oder auf dem Rücken der Schwächsten vollzogen  
50 werden. Wir wollen, dass niemand abgehängt wird, einschließlich armutsbetroffener  
51 Menschen und Menschen mit niedrigem Einkommen. Unser Kompass für die umfassende  
52 Umgestaltung der Wirtschaft hin zu Klimaneutralität und Nachhaltigkeit ist immer die  
53 Interessenlage der breiten Masse der Bevölkerung.

54

55 Im August 2022 beschlossen die USA unter Joe Biden ein umfangreiches Investitions- und  
56 Maßnahmenpaket, das die Inflation reduzieren, die Wirtschaft ankurbeln sowie die  
57 Energiewende massiv vorantreiben soll. Fast 400 Mrd. Euro wurden dafür in die Hand  
58 genommen. Wir schließen uns den Forderungen des DGBs an und sagen: Europa muss  
59 nachziehen. Die EU muss massiv investieren, aber nicht bedingungslos. Die Investitionen  
60 müssen immer mit elementaren sozialen und ökologischen Standards verknüpft werden.

61 wie z.B. die Beschäftigungs- und Standortentwicklung und die Einhaltung von Tarifverträgen.

62 Maßnahmen gegen das Union-Busting, die Stärkung der Tarifbindung und ökologische  
63 Mindeststandards. Dank des europäischen Wiederaufbaufonds und Kurzarbeitergeld-  
64 Programm SURE, initiiert von dem damaligen Finanzminister Olaf Scholz, konnten wir in  
65 Europa die Pandemie bekämpfen und in eine nachhaltige Zukunft investieren. Wir wollen  
66 dieses Beispiel für finanzpolitische europäische Solidarität zu dauerhaften Fortschritten bei der  
67 europäischen Integration machen. Der Staat und auch die Europäische Union sind in der  
68 Verantwortung, die Umbrüche unserer Zeit zu gestalten und zu investieren.

69 Der Europäische Binnenmarkt bildet mit seinen Grundfreiheiten des freien Verkehrs von  
70 Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital einen der größten Wirtschaftsräume der Welt.  
71 Dieser gemeinsame Markt ist das Kernstück unserer europäischen Wirtschaftskraft und der  
72 Motor für den Wohlstand auch bei uns in Kassel. In der sich schnell digitalisierenden Welt  
73 setzen wir als Sozialdemokratie in Kassel uns dafür ein, dass technologische Fortschritte nicht  
74 nur zu Gewinnsteigerungen für Vermögende führen, sondern auch für gute Arbeit sorgen, zum  
75 Beispiel durch kürzere Arbeitszeiten. Wir fordern mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz und  
76 möchten, dass die Stimmen der Beschäftigten bei digitalen Veränderungen und KI-Einsatz  
77 wirklich Einfluss haben.

78 Wer Vollzeit arbeitet, soll davon leben können, egal ob in Kassel oder anderswo in Europa.  
79 Die EU-Mindestlohn-Richtlinie ist ein Schritt in die richtige Richtung, da sie Länder dazu  
80 auffordert, mehr Menschen unter Tarifverträge zu bringen – das Ziel sind 80%. Tarifverträge  
81 garantieren bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Wir wollen in Europa die Einhaltung von  
82 Tarifverträgen stärker fördern, indem wir die Vergabe von EU-Fördergeldern stärker an solche  
83 Bedingungen knüpfen. Zusätzlich setzen wir uns für bessere Bedingungen für Künstler und  
84 Freiberufler in der EU ein, mit Mindestlöhnen und sozialer Sicherheit für alle.

85 Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine ist eine Zäsur – eine  
86 Zeitenwende – für die Sicherheits- und Friedensordnung in Europa. Der Krieg und der  
87 Umgang damit sind eine Bewährungsprobe für die europäische Gemeinschaft und das  
88 Funktionieren einer regelbasierten internationalen Ordnung im Allgemeinen. Zu einer  
89 wirkungsvollen Friedenspolitik gehören neben Diplomatie und einer engagierten  
90 Entwicklungspolitik deshalb für uns auch die militärischen Fähigkeiten unserer Sicherheits-  
91 und Verteidigungsbündnisse. Trotzdem bedeutet das eben nicht, dass wir Antimilitarismus  
92 und friedenspolitische Ansätze aufgeben. Wir sehen Diplomatie als Mittel zur dauerhaften  
93 Verständigung und gewaltfreie Konfliktlösung weiterhin als den besten Weg an, um sich für  
94 eine friedliche Welt einzusetzen. Ein souveränes Europa ist die wichtigste politische Antwort

95

96 In Zeiten von eskalierenden Kriegen und beängstigenden bewaffneten Aggressionen, muss  
97 Europa sich auch auf ihre Geschichte und ihre immerwährende Pflicht für den Einsatz für eine  
98 friedliche Welt besinnen. Willy Brandt schrieb zu der dunkelsten Zeit des Kontinents im  
99 Sommer 1943 des Zweiten Weltkriegs im schwedischen Exil: "Der Tag wird kommen, an dem  
100 der Hass, der im Krieg unvermeidlich scheint, überwunden wird. Einmal muss das Europa  
101 Wirklichkeit werden, in dem Europäer leben können." In diesem Geist kämpfen wir als  
102 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten weiter, nicht nur für ein Europa, sondern für eine  
103 Welt, die frei von Waffengewalt und dem unsäglichen Leid ist, das Krieg über die Menschheit  
104 bringt.

105

106 Begründung:

107

108 Erfolgte mündlich.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	I2
Betreff	10 Punkte Plan für einen Aufbruch zum Schutz von Demokratie und Menschenrechten
Adressat	SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundesvorstand

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

1 Vorwort:

2 Die SPD stand in ihrer Geschichte immer auf der Seite von Freiheit und Menschenrechten.  
3 Sie stand damit auch und gerade für die abhängig Beschäftigten und die sogenannten  
4 „einfachen Bürger“ ein und hat sich stets für eine gerechte Gesellschaft zum Wohle Aller  
5 eingesetzt.

6  
7 Die SPD hat in ihrer Geschichte aber auch leidvoll erfahren wie wichtig Demokratie und  
8 Rechtsstaatlichkeit sind, um diese Zielsetzung auch umsetzen zu können.

9  
10 Leider hat die SPD aber bei breiten Bevölkerungsgruppen die Glaubwürdigkeit dafür  
11 eingebüßt, dass sie nach wie vor „DIE“ Partei ist, die für ein Gesellschaftmodell kämpft  
12 welches dies Gemeinwohl garantiert. Aktuell müssen wir mit Schrecken zur Kenntnis  
13 nehmen, dass gerade Parteien am rechten Rand, trotz eindeutig faschistischer und  
14 menschenverachtender Programmatik, Zulauf erhalten. Wir fordern daher den SPD-  
15 Bundesvorstand auf die Beschlussvorlage zu einem Aufbruch zum Schutz von Demokratie  
16 und Menschenrechten konsequent umzusetzen um das Vertrauen der Wählerinnen und  
17 Wähler zurückzugewinnen. Diese Maßnahmen müssen -trotz der vielfältigen Aufgaben in  
18 dieser komplexen Welt mit höchster Priorität angegangen werden, da nur durch  
19 Wiedererstarben der SPD die vielfältigen Aufgaben, von Klimaschutz über Verkehrswende  
20 bis Garantie von Gesundheitsvorsorge und sozialer Gerechtigkeit, umgesetzt werden  
21 können.

22  
23 **Beschlusstext:**

24 Der SPD Parteivorstand wird aufgefordert einen Aufbruch zum Schutz von Demokratie und  
25 Menschenrechten anzustoßen und dabei die folgenden 10 Grundsätze einzuhalten:

- 26  
27 1. Die SPD wird den Blick der Politik nochmals verstärkt auf die benachteiligten  
28 Gruppen der Gesellschaft richten und es wird klar kommuniziert, dass die SPD „dem  
29 Volk aufs Maul schaut“, die Probleme sieht und an Lösungen arbeitet. Dabei wird  
30 nicht nach ethnischer Zugehörigkeit oder religiöser Überzeugung getrennt. Die SPD  
31 tritt vielmehr für die Gemeinschaft aller hier lebenden oder arbeitenden Menschen,  
32 die sich zur demokratischen Grundordnung bekennen, ein.
- 33 2. Dem Volk aufs Maul zu schauen bedeutet jedoch nicht, ihm nach dem Munde zu  
34 reden. Die SPD wird deutlich machen, dass unsere Lebensqualität nicht durch die  
35 Migration bedroht wird, sondern durch die ungleichen und unfairen  
36 Lebensbedingungen. Das schließt nicht aus, dass die Folgen und auch  
37 Fehlentwicklungen von Globalisierung und Migration gesehen und benannt werden.  
38 Dies beinhaltet auch und gerade Kritik an der fehlenden Solidarität der europäischen  
39 Partner.
- 40 3. Die gesellschaftspolitische Zielsetzung der SPD wird klar kommuniziert, das impliziert  
41 z.B. auch die Forderung nach Einführung einer Vermögenssteuer und die

- 42 Priorisierung von Arbeitnehmerrechten gegenüber Profitinteressen. Aber auch die  
43 Schutzrechte von Minderheiten.
- 44 4. Die dadurch entstehenden Zielkonflikte werden klar und unverschleiert benannt.  
45 Weichen Beschlüsse durch demokratiebedingte Kompromisse von dieser Zielsetzung  
46 ab, wird das auch kommuniziert. Es wird nicht mehr verschleiert wo und warum die  
47 eigentlichen SPD-Ziele nicht erreicht werden können.
- 48 5. Auch innerhalb von Koalitionen wird klar benannt wodurch und von wem die  
49 Zielsetzung der SPD blockiert oder behindert werden.
- 50 6. Bildungsgerechtigkeit und soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft gehören zur  
51 sozialdemokratischen DNA und werden entsprechend in den Fokus gerückt.
- 52 7. Die SPD steht dafür ein, dass Gesellschaftliche Aufgaben wie z.B. Pflege und  
53 Gesundheitswesen nicht allein dem Diktat des Marktes überlassen werden, sondern  
54 soziale Aspekte im Vordergrund stehen.
- 55 8. Die SPD steht dafür ein, dass wesentliche Bereiche der Infrastruktur wie z.B. Strom-  
56 Wasser- Abwasser und Verkehr nicht allein dem Markt überlassen werden, sondern  
57 weitestgehend in staatlicher Hand bleiben oder wieder zurückgeführt werden.
- 58 9. Die SPD kämpft für die Belange von Mieterinnen und Mietern und hat die Belange  
59 von selbstgenutztem Wohneigentum im Blick. Sie steht hier klar auf der Seite der  
60 Nutzer und sorgt für Mieter- und Bürgerrechte. Eine weiterer Ausverkauf des sozialen  
61 Wohnungsbaus wird nicht mehr stattfinden, vielmehr wird die Rückführung in  
62 Gemeineigentum angestrebt.
- 63 10. Die SPD positioniert sich klar für den Kampf um internationale Solidarität. Sicherung  
64 von Frieden und Freiheit kann nur international langfristig gesichert werden. Und  
65 Exportweltmeister kann man nur in einer vernetzten und globalisierten Welt werden.  
66 Die SPD steht daher zur Internationalität, ohne dass damit verhindert würde  
67 Fehlentwicklungen deutlich zu benennen und hier Lösungen zu suchen.
- 68 Diese Lösung sieht die SPD durch Protektionismus und Egoismus gefährdet, nicht durch  
69 Menschen anderer Ethnien und Nationalitäten.

70  
71 Begründung:

72  
73 Erfolgte mündlich.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	B1
Betreff	Aussetzen der Pflicht zur Nutzung der E-Rezepte
Adressat	SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-  
2 Bundestagsfraktion auf, die verpflichtende Nutzung des E- Rezeptes, welche seit 01.01.2024  
3 gilt auszusetzen, bis die derzeitigen organisatorischen und technischen Mängel ausgeräumt  
4 sind.

5

6 Begründung:

7

8 Die Nutzung des E- Rezeptes und die damit erhofften Vorteile bringen noch viel zu viele  
9 Unwägbarkeiten (z.B. ständige Server -, und Systemabstürze, fehlerhafte Übermittlung der  
10 Daten von Arzt zu Apotheke, keine absolute Sicherheit der Patientendaten, erschwertes  
11 Einlösen des E- Rezeptes für Patienten, vermehrte Bürokratie, Retaxierungsfolgen für  
12 Apotheker, keine Nachvollziehbarkeit zur Abrechnung zwischen ADG ( = Apotheken –  
13 Dienstleistungsgenossenschaft mbH) und Apotheken), so dass die Nachteile sowohl für  
14 Patientinnen / Patienten, als auch für Apothekerinnen/ Apotheker und Ärzte / Ärztinnen  
15 überwiegen.

16

17 Eine Erleichterung für alle Parteien ist nicht zu erkennen, ausgenommen der Versandhandel.

18 Weitere Begründung:

19 Erfolgte mündlich.



Antragsnummer	B2 – Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen
Antragssteller	SPD-Ortsverein Wehlheiden-Südstadt
Betreff	Zuckersteuer auf Getränke einführen
Adressat	SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt, SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundesfraktion zur Kenntnis

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Analog zur in Großbritannien soll eine ähnliche Steuer in Deutschland eingeführt
- 2 werden, um den Krankmacher Zucker zu begrenzen. Die so eingenommenen
- 3 Steuergelder sollen vollumfänglich in die Gesundheitsprävention und die Behandlung
- 4 der Folgen eines erhöhten Zuckerkonsums fließen.

5

6 Begründung:

7

8 Die WHO fordert die Einführung einer Zuckersteuer. Großbritannien hat im Jahr 2018 eine  
9 Zuckersteuer auf gesüßte Getränke eingeführt. Die freiwillige Selbstverpflichtung der Hersteller  
10 führte zu keinem nennenswerten Rückgang bei der Verwendung von Zucker. Ein erneutes  
11 Beispiel des geringen Nutzens einer Selbstverpflichtung der Wirtschaft, an deren Stelle  
12 konkrete Auflagen nötig sind.

13 In anderen Ländern hat die Steuer zu einem Rückgang des Zuckers in Getränken geführt, bei  
14 einem ähnlichen Absatz. Der Gewinn liegt dabei nicht in den Steuereinnahmen, sondern vor  
15 allem in der verbesserten Gesundheit der Bevölkerung. Spätfolgen wie Diabetes Mellitus Typ 2,  
16 Adipositas oder Bluthochdruck werden verringert und – zweitrangig – damit auch  
17 Sozialversicherungen entlastet.



SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	B3
Betreff	Subunternehmen bei Zustellern verbieten
Adressat	SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

- 1 Analog zum Gesetz der Sicherung von Arbeitnehmer\*innenrechten in der Fleischindustrie
- 2 sollen auch die Mitarbeitenden der Paketbranche durch ein Gesetz besser geschützt
- 3 werden.
- 4 Der Einsatz von Fremdpersonal in der Paketbranche, oft verbunden mit Verstößen gegen
- 5 das Arbeitszeitgesetz, sozialversicherungsrechtliche Pflichten, einem Unterschreiten des
- 6 Mindestlohns oder einer Scheinselbständigkeit, soll verboten werden.
- 7
- 8 Begründung:
- 9
- 10 Kontrollen des Zolls zeigen deutlich auf, dass Verstöße gegenüber den Rechten der
- 11 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an der Tagesordnung sind. Der Kündigungsschutz
- 12 wird unterlaufen, die Bezahlung ist miserabel und oftmals unter Mindestlohn. Letztendlich
- 13 führt diese Handhabung (fast) die gesamten Zusteller-Branche in die Altersarmut.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss                    B4

Betreff                      Bundestagsausweis nur im Mandat

Adressat                    SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Bundesparteitag,  
SPD-Bundestagsfraktion

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

1 Ehemalige Mitglieder des Deutschen Bundestags sollen in dieser Funktion zukünftig keinen  
2 Bundestagsausweis mehr erhalten. Die SPD-Bundestagsfraktion soll darauf hinwirken, dass  
3 §2 Absatz 2 Satz 2 der Hausordnung des Deutschen Bundestages ersatzlos gestrichen wird.  
4 Ebenso soll sie darauf hinwirken, dass die Bundestags-Verwaltung die  
5 Sicherheitsüberprüfung für Mitarbeiter:innen der Bundestags-Abgeordneten intensiviert, um  
6 gesichert rechtsextremistische vorbelastete Personen im Dienst zu verhindern.

7

8 Begründung:

9

10 In die bekannt gewordenen Umsturzphantasien der rechtsterroristischen Reichsbürger um  
11 Heinrich XIII. Prinz Reuß war auch ein ehemaliges AfD-Mitglied des Deutschen Bundestags  
12 der AfD mit Ausweis zu den Liegenschaften des Deutschen Bundestags verstrickt. Durch  
13 den Ausweis ist es möglich, die Liegenschaften unkontrolliert zu betreten, obwohl kein durch  
14 Amt oder Arbeitsstelle begründeter Zugang vorliegt.

15 Lobbyismus über ehemalige Mitglieder des Deutschen Bundestags kann durch die  
16 Anpassung der Hausordnung ebenfalls stärker eingegrenzt werden.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	B5
Betreff	Strompreise eindämmen, Verbraucher*innen schützen, Vertrauen schaffen!
Adressat	SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Fraktion Kassel

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

- 1 • Übergewinne der (Energie-)unternehmen endlich konsequent einbeziehen und für
- 2 Entlastungen der Verbraucher\*innen einsetzen
- 3 • das Klimageld muss sozial gerecht ausgestaltet werden
- 4 • Teilwarmmietenmodell beschließen und einführen (Vermieter\*innen werden zur Hälfte
- 5 an den Energiekosten beteiligt, um einen Anreiz zur Modernisierung der Gebäude
- 6 und der Energieversorgung zu schaffen)
- 7 • Entlastung der Endverbraucher in mehreren Schritten:
- 8     1. Lastumkehr bei der Rückzahlung des CO<sub>2</sub>-Preises für Mieter\*innen
- 9     2. CO<sub>2</sub>-Preis gänzlich auf Vermieter\*innen und nicht auf Mieter\*innen umlegen
- 10 • Konsequenter Ausbau der Fernwärme in Kassel und den Ausbau von Solardächern
- 11 steigern
- 12 • Infomaterial in leichter Sprache und mit ansprechenden Grafiken, mehrsprachig
- 13 verfügbar, über Fernwärmeausbau und die Kernerkenntnisse zur Zukunft der
- 14 Energie, wie bei der Veranstaltung „Forschung Praxis Politik: Zukunft Energie“ am 25.
- 15 Januar, verbreiten

16

17 Begründung:

18

19 Derzeit herrscht große Verunsicherung in der Bevölkerung. Die vielfältigen Krisen und  
20 steigenden Preise sorgen für Existenzängste. Manche Menschen frieren in ihren Wohnungen  
21 oder sparen am Essen, um die Rechnungen bezahlen zu können.

22 Auch wenn die Strom- und Gaspreise im Durchschnitt wieder das Niveau vor dem  
23 Angriffskrieg auf die Ukraine erreicht haben, stehen den Verbraucher\*innen bei den  
24 Lebensmitteln, beim Essen gehen und an der Tankstelle hohe Preise ins Haus. Dies liegt  
25 zum einen an der Rückkehr der Umsatzsteuer von 7 % auf 19 % und der Erhöhung des CO<sub>2</sub>-  
26 Preises. Es braucht jedoch grundsätzliche Entlastungen.

27 Zudem haben wir auf unserer Veranstaltung am 25. Januar eigenhändig erfahren können,  
28 dass über die Transformation der Energie noch viel Verunsicherung herrscht. Gerade auch  
29 bei Menschen, die Immobilien besitzen und interessiert an ihrer Energieversorgung  
30 schienen. Hier muss die Politik unterstützen und Entwicklungen leichter erklären.

31 Die Hauptbetroffenen der Umbrüche waren nur in geringer Zahl auf der Veranstaltung  
32 vertreten, aber merken wir alle eigenhändig die Auswirkungen der Preissteigerungen auf  
33 unseren Kostenabrechnungen. Es ist die Verantwortung der Bundesregierung  
34 Sicherungsmechanismen gegen diese wirtschaftlichen und am Ende sozialen Härten  
35 einzuziehen.

36 Es gibt Beitragssteigerungen bei der gesetzlichen Krankenkasse für Menschen mit einem  
37 Bruttoeinkommen von 60.000 € und mehr im Jahr. Zeitgleich gibt es Steuerentlastungen  
38 durch die Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	B6
Betreff	Gewalt gegen Frauen beenden! Ausbau der Frauenhausplätze und Prävention gegen „Gewalt gegen Frauen“ und „Femizid2 in Deutschland
Adressat	SPD-Fraktion im Bundestag, SPD-Fraktion im Landtag Hessen, SPD-Fraktion Kassel

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

1 Die SPD-Bundestagsfraktion muss das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag zügig  
2 umsetzen und gemeinsam mit den Ländern und Kommunen eine einheitliche gesetzliche  
3 Regelung zur Finanzierung von Schutz und Hilfe bei Gewalt schaffen. Die angekündigten  
4 Kürzungen sollen in diesem Bereich keine Anwendung finden. Denn es darf nicht sein, dass  
5 Frauen in Not der Gewalt ihrer Partner schutzlos ausgeliefert sind."

6 Darüber hinaus soll ein neuer Aktionsplan und ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung von  
7 Gewalt an Frauen erarbeitet werden, das konkrete Maßnahmen vorsieht und mit einem  
8 umfassenden Budget und ausreichend Personal ausgestattet ist.

9

10 Folgendes sollte berücksichtigt werden

- 11 • Abschaffung der Tagessätze in Frauenhäusern durch eine ausreichende  
12 Finanzierung
- 13 • eine bundeseinheitliche Definition des Begriffs Femizid
- 14 • Strafverschärfung bei Femiziden
- 15 • insbesondere die Anerkennung von niederen Beweggründen bei Tötungen gegen  
16 eine frühere oder derzeitige Ehefrau oder Partnerin begangen wurden.
- 17 • die Errichtung einer Monitoring Stelle zur Koordinierung, Umsetzung, Beobachtung  
18 und Bewertung aller Maßnahmen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention<sup>[2]</sup>
- 19 • einen Rechtsanspruch auf Hilfe bei Gewalt, der allen Frauen zur Verfügung steht,  
20 unabhängig von ihrem Wohnort, Gesundheitszustand, ihrer Herkunft oder dem  
21 Aufenthaltstitel.
- 22 • eine regelmäßige und umfangreiche Erhebung von Daten zu Gewalt an Frauen.

23

24 **Präventions- und Interventionsmaßnahmen**

25

- 26 • kostenlose psychosoziale Prozessbegleitung für Betroffene von häuslicher Gewalt,  
27 die physische, psychische, sexualisierte sowie soziale und finanzielle Gewalt  
28 miteinschließt.
- 29 • verpflichtende Fortbildungen und Schulungen für die Polizei, Richterschaft und  
30 Staatsanwaltschaft.
- 31 • verpflichtende Anti-Gewalt Programme für gewaltauffällige Männer

32

- 33 • Den Ausbau der Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Stellen, insbesondere die  
34 Förderung von gemeinnützigen Vereinen, die sich für die Rechte von Mädchen und  
35 Frauen und gegen Gewalt engagieren.
- 36 • Primärprävention in Bildungseinrichtungen, Schulen, Kultur und Medien,  
37 insbesondere die Thematisierung von Geschlechterrollen.
- 38 • Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen gegen häusliche Gewalt, z.B. auch  
39 über das
- 40 • Insgesamt soll der Aktionsplan mit betroffenen Institutionen wie z.B. Frauenhäuser,  
41 Terre de femme, Diakonie etc. erarbeitet werden
- 42

43 Begründung:

44

45 **Jeden 3. Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem Partner bzw. Ex-Partner getötet**  
46 **Jede Stunde werden 13 Frauen Opfer von Gewalt**

#### 47 **Zitat einer Betroffenen**

48 „Ich habe meine erste Gewalterfahrung gemacht, da war ich drei oder vier Jahre. Es war  
49 mein eigener Vater, der meine Mutter misshandelt hat, ihr ein Messer an die Kehle gehalten  
50 hat, sie geschlagen hat. Später, mit elf habe ich selber Gewalt erfahren, am eigenen Körper.“

51 Häusliche Gewalt in Deutschland nimmt zu. Im Jahr 2022 wurden nach Angaben des  
52 Bundeskriminalamts 240.547 Fälle häuslicher Gewalt registriert, davon 157.818 im Kontext  
53 von Partnerschaftsgewalt. Das entspricht einem Anstieg der Partnerschaftsgewalt um 9,1  
54 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. 80 Prozent der Betroffenen sind Frauen

55 Die meisten Fälle von Gewalt gegen Frauen kommen nicht zur Anzeige. Viele Betroffene  
56 melden ihre Gewalterfahrungen aus Angst oder aus Scham nicht der Polizei. Das belegt  
57 unter anderem die Merseburger Dunkelfeld-Studie zu Sachsen.

58 Der Schutzbedarf der Betroffenen - etwa durch Frauenhäuser - ist hoch. Doch es fehlen  
59 tausende Plätze. Nach den Empfehlungen der Istanbul-Konvention, die Deutschland  
60 unterzeichnet hat, werden in Deutschland mindestens 21.000 Frauenhausplätze benötigt.  
61 Laut Frauenhausstatistik 2022 gibt es aber nur 6.800 Plätze.

62 Es fehlt an Plätzen, an Finanzierung für den laufenden Betrieb und vor allem an  
63 Planungssicherheit.

#### 64 **Zitat einer Betroffenen**

65 „Egal, wie lange das her ist, es war jemand an deinem Körper, du hast Gewalt gespürt und  
66 das geht nicht einfach weg.“

67 Vor genau fünf Jahren, am 1. Februar 2018, trat hierzulande die Istanbul-Konvention in Kraft.  
68 Das Übereinkommen des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und  
69 häuslicher Gewalt ist völkerrechtlich bindend für die derzeit 37 Staaten, die es ratifiziert  
70 haben

71 Gewalt hat viele Gesichter und sie begegnet uns überall: Zuhause, auf der Arbeit, im  
72 öffentlichen Raum, im Netz. Sie beginnt nicht erst mit Schlägen. Auch Bedrohungen,  
73 Beschimpfungen und Kontrolle sind Formen von Gewalt.

74

75 Bei einer Umfrage gaben Frauen folgendes an:

76 30 Prozent hatten bereits sexualisierte Gewalt erfahren, wurden also zu sexuellen  
77 Handlungen gezwungen – 15 Prozent sogar mehrfach.

78 Den Versuch dazu haben mehr als die Hälfte der Befragten erlebt. Fast immer fanden die  
79 Taten im eigenen Wohnumfeld statt. Diese Erfahrungen betreffen alle Bevölkerungsgruppen  
80 – Gutverdienende genauso wie Geringverdienende, Gebildete fast genauso häufig wie  
81 geringer Gebildete.

82

83 **In Dänischenhagen, Schleswig-Holstein, ermordet im Mai 2022 Hartmut F. Zahnarzt,**  
84 **seine getrenntlebende Ehefrau Hanna. Mit einer Maschinenpistole trifft er sie 48 Mal,**  
85 **sieben Kugeln treffen ihren neuen Freund. Sie sind beide auf der Stelle tot.**

86

87 Erst ein Leben frei von körperlicher und struktureller Gewalt ermöglicht Frauen und Mädchen  
88 die gleichberechtigte Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen. Nutzung von  
89 Bildungsangeboten, selbstbestimmtes Gestalten der Erwerbsbiografie und politische  
90 Partizipation sind nur möglich, wenn die Gewährleistung der psychischen und physischen  
91 Integrität von Frauen und Mädchen auch das Ziel staatlicher Gesetzgebung ist und  
92 Ausgrenzung verhindert.



Antragsnummer	B7 - wurde in eine vom UBV zu bildende AG verschoben
Antragssteller	SPD-Ortsverein Vorderer Westen
Betreff	Direkte Demokratie jetzt!
Adressat	SPD-Bundestagsfraktion

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1 Die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene soll geprüft werden

2

3 Begründung:

4

5 Viele Menschen sind von der Politik enttäuscht oder komplett entkoppelt, dabei ist die  
6 Ausübung der Demokratie eine der wichtigsten Rechte, die wir haben. Um mehr  
7 Mitbestimmung der Bürger\*innen an der Politik zu ermöglichen sollte es Volksentscheide auf  
8 Bundesebene und mehr Möglichkeiten zur direkten Demokratie auf kommunaler Ebene geben.

9 Die direkte Mitbestimmung bei Entscheidungen, die die Menschen direkt betreffen, könnte  
10 helfen, das Misstrauen zur Politik abzubauen und Menschen von ihr zu begeistern.

11 Mit direkten Abstimmungen steigt der Bedarf an ausgewogener Information, sodass die  
12 Bevölkerung sich noch intensiver mit einem Sachverhalt auseinandersetzen kann und gut  
13 informierte Entscheidungen trifft. Das steigert insgesamt den Gehalt an politischer  
14 Information und Diskussion.





Antragsnummer	B8 - Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen
Antragssteller	Jusos Kassel-Stadt
Betreff	Stärkung betrieblicher Mitbestimmung - eine Kerbe schlagen für die Sozialdemokratie!
Adressat	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord, Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt, SPD-Bezirksparteitag, Hessen-Nord, SPD-Bundesparteitag

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern eine gesetzliche Stärkung und Erweiterung betrieblicher
- 2 Mitbestimmungsrechte, die den veränderten Anforderungen von Transformation und
- 3 Digitalisierung in den Arbeitswelten gerecht wird. Dazu gehören u.a, verbesserter
- 4 Kündigungsschutz, Aufnahme neuer Themen und Stärkung sowie Erweiterungen des
- 5 zwingenden Mitbestimmungskatalog von Betriebsräten.
- 6
- 7 wirksame Sanktionen einführen.
- 8 Das Betriebsverfassungsgesetz sieht bei Verletzung verschiedener Rechte von
- 9 Betriebsräten Bußgelder bis zu einer Höhe von 10.000 € vor, die gegen Einzelpersonen
- 10 in der Unternehmensleitung verhängt werden müssen. Diese Bußgelder haben häufig
- 11 keine abschreckende Wirkung. Wir wollen deshalb die Bußgelder erhöhen und die
- 12 Möglichkeit eröffnen, wegen Verstößen gegen die Rechte von Betriebsräten vom
- 13 Unternehmensumsatz abhängige Sanktionen auch gegen Unternehmen selbst zu
- 14 verhängen.
- 15
- 16 Behinderung von Betriebsratswahlen und Betriebsratsarbeit als Officialdelikt
- 17 einstufen. damit Staatsanwaltschaften sie von Amts wegen verfolgen können. Bislang
- 18 kann die strafbare Behinderung von Betriebsräten nur dann verfolgt werden, wenn die





19 Interessenvertretung oder Gewerkschaft eine Strafanzeige stellt. Gerade in den  
20 Bereichen, in denen Union Busting besonders verbreitet ist, passiert das jedoch selten.  
21 Der Angriff auf das demokratische Recht der Beschäftigten ist aber ein Angriff auf  
22 unsere Demokratie. Deshalb müssen Staatsanwaltschaften immer in der Lage sein,  
23 solche Straftaten zu verfolgen, auch wenn keine Anzeige gestellt wird.

24  
25 Betriebsbegriff im Betriebsverfassungsgesetz an die heutigen betrieblichen  
26 Wirklichkeiten anpassen. Der Begriff des Betriebes ist ein wesentlicher Ausgangspunkt  
27 des Betriebsverfassungsgesetzes und des Mitbestimmungsrechts. Die Rechtsprechung  
28 orientiert sich bei ihrer aktuell vorherrschenden Definition des Betriebsbegriffs an der  
29 Leitungsorganisation im Unternehmen. Dies führt immer wieder zu Problemen, da  
30 Unternehmensleitungen durch organisatorische Maßnahmen die Struktur des Betriebs  
31 und somit die Zusammensetzung des Betriebsrats beeinflussen können. Insbesondere  
32 durch Plattformstrukturen und international verteilte Führungsebenen in  
33 Unternehmen wird dieses 4 5 Ungleichgewicht verstärkt. Deshalb wollen wir den  
34 Betriebsbegriff so überarbeiten, dass er die heutigen betrieblichen Wirklichkeiten  
35 widerspiegelt und für neue Entwicklungen der Betriebsstrukturen offen bleibt. Zu  
36 diesem Zweck wollen wir neben einer gesetzlichen Aktualisierung des Betriebsbegriffs  
37 vor allem die in § 3 des Betriebsverfassungsgesetzes vorgesehenen Möglichkeiten  
38 ausbauen, die mitbestimmungsrelevanten Betriebsstrukturen durch Tarifvertrag oder  
39 Betriebsvereinbarung festzulegen. Das ermöglicht es den Betriebsund  
40 Tarifvertragsparteien, branchen-oder unternehmensspezifische Regelungen und  
41 maßgeschneiderte Lösungen für die Interessenvertretungen zu finden.

42  
43 Und ein Mitbestimmungsrecht für Betriebsräte bei der Personalplanung und





44 Personalbemessung. Eine mitbestimmte Personalplanung stärkt die Vereinbarkeit von  
45 Beruf und Familie, fördert die Gleichstellung von Frauen, wirkt der Entgrenzung von  
46 Arbeit entgegen und trägt zur Beschäftigungssicherung bei und wirkt durch eine  
47 Festlegung der zumutbaren Arbeitsintensität gesundheitsschädlichen Überlastungen  
48 der Beschäftigten entgegen. Ein bloßes Beratungsrecht, wie es das  
49 Betriebsverfassungsgesetz derzeit vorsieht, hat sich dafür als nicht ausreichend  
50 herausgestellt.

51  
52 Und in der digitalen Arbeitswelt dieselben Rechte für Gewerkschaften wie in der  
53 analogen. Ein digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften zu den Betrieben ist dafür ein  
54 wichtiger Baustein. Gerade bei stark digitalisierten Unternehmen, bei denen die  
55 Beschäftigten viel von zuhause oder unterwegs arbeiten, ist ein analoges Zugangsrecht  
56 der Gewerkschaften zum Betrieb zwar wichtig – aber nicht immer ausreichend, um in  
57 einen echten Austausch mit den Kolleg:innen zu kommen. Daher ist es wichtig, dass  
58 die Gewerkschaften entsprechend ihren bestehenden analogen Rechten auch das  
59 Recht bekommen, die digitalen Kommunikationsmöglichkeiten der Unternehmen zu  
60 nutzen, um Kontakt zu den Kolleg:innen aufnehmen zu können.

61 Und das deutsche Mitbestimmungsrecht auch auf Unternehmen in ausländischer  
62 Rechtsform mit Sitz in Deutschland erstrecken. Das deutsche Mitbestimmungsrecht  
63 gilt bislang nur für Unternehmen, die in einer deutschen Rechtsform organisiert sind.  
64 Deshalb wählen mittlerweile viele große Unternehmen eine ausländische Rechtsform,  
65 um das demokratische Recht der Beschäftigten auf Mitbestimmung zu unterlaufen.

66  
67 Begründung:  
68  
69 Erfolgt mündlich.





Antragsnummer	B9 – erledigt durch Antrag B10
Antragssteller	AfA Kassel-Stadt
Betreff	Sozialdemokratischer Klimaschutz in den Betrieben
Adressat	AfA-Bezirk, AfA-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Maßnahmen, die dem
- 2 Klimaschutz dienen. In größeren Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten, wo schon
- 3 die Einrichtung eines Wirtschaftsausschusses verbindlich ist, soll auch eine Pflicht zur
- 4 Einrichtung eines Umweltausschusses gelten.

5

6 **Begründung:**

7

- 8 Auf diese Weise können Betriebsräte eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung einer
- 9 klimaneutralen Produktion spielen.



SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	B10
Betreff	Klimaschutz als sozialdemokratisches Thema
Adressat	SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

1 Wir fordern Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Maßnahmen, die dem Klimaschutz  
2 dienen. In größeren Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten, wo schon die Einrichtung  
3 eines Wirtschaftsausschusses verbindlich ist, soll auch eine Pflicht zur Errichtung eines  
4 Umweltausschusses gelten.

5

6 Begründung:

7

8 Erfolgte mündlich.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	B11
Betreff	Arbeitsbedingungen der Reinigungskräfte in staatlichen Einrichtungen verbessern
Adressat	SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

1 Wir wollen, dass die Menschen, die in der öffentlichen Verwaltung Reinigungsdienste  
2 übernehmen, direkt bei der öffentlichen Verwaltung angestellt werden. Bisher sind sie über  
3 Firmen angestellt, die von der Verwaltung beauftragt werden. Diese Menschen sollen nach  
4 den gültigen Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes bezahlt werden. Dafür möchten wir  
5 auch mit den Gewerkschaften des DGB zusammenarbeiten. Sie sollen die Reinigungskräfte  
6 über ihre Rechte informieren.

7

8 Begründung:

9

10 Die Reinigungsbranche ist geprägt von einer häufigen Anstellung der Arbeitnehmer über  
11 Subunternehmen. Hier existieren meist nur befristete Verträge ohne Tarifbindung. Die  
12 Menschen werden nicht ausreichend über ihre Rechte als Arbeitnehmer aufgeklärt und  
13 unterliegen teils ausbeuterischen Verhältnissen. Gerade die Befristung ist unbegründet, da  
14 der Reinigungsaufwand langfristig planbar ist und der einzige Zweck dieser Anstellungsform  
15 ist eine Organisation der Arbeitnehmer in Gewerkschaften zu verhindern.  
16 Eine Anstellung über den Staat mit tarifvertraglichen Vereinbarungen übt Druck auf die  
17 gesamte Branche aus und führt mutmaßlich, mit Hintergrund des Fachkräftemangels, zu  
18 besseren Bedingungen in der gesamten Branche. Mit Hinblick auf den hohen Anteil von  
19 Menschen mit Migrationsgeschichte als Reinigungskräfte würden diese neuen Möglichkeiten  
20 der Partizipation auch integrative Effekte nach sich ziehen.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	B12
Betreff	Sicherstellung der Kostenübernahme durch Krankenkassen von geschlechtsangleichenden Maßnahmen
Adressat	SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

- 1 Wie fordern eine Sicherstellung der Kostenübernahme von geschlechtsangleichenden
- 2 Maßnahmen wie Haarentfernungen, Stimmtherapien und ästhetischen Eingriffen durch die
- 3 Krankenkassen.
- 4
- 5 Begründung:
- 6
- 7 Erfolgte mündlich.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	B13
Betreff	Regelmäßige Statistiken zur Hebammenversorgung
Adressat	SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

1 Eine bundeseinheitliche Statistik soll über die Versorgung mit Hebammenhilfe Auskunft  
2 geben. Dazu sollen Erhebungen zum Bedarf an Studienplätzen, an benötigten Hebammen  
3 zur Umsetzung der Eins-zu-Eins Betreuung und dem Gesamtbedarf an Hebammen in  
4 Deutschland erarbeitet werden.

5

6 Begründung:

7

8 Ohne verlässliche Daten fehlt ein Überblick darüber ob allen werdenden Müttern eine  
9 Hebamme zur Verfügung steht.



Antragsnummer B14 - Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen  
Antragssteller Jusos Kassel-Stadt  
Betreff Mehr Mitwirkungsrechte für SBV und JAV jetzt!  
Adressat SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt,  
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Bundesparteitag,  
SPD-Bundestagsfraktion, Juso Bezirkskonferenz  
Hessen-Nord, Juso Bundeskongress

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern mehr Mitwirkungsrechte für SBV und JAV. Die Beschäftigten-
- 2 Vertreter:innen in der Schwerbehindertenvertretung (SBV) und den JAV haben keine
- 3 eigenen Mitbestimmungsrechte, sondern üben diese über den Betriebsrat aus, indem
- 4 sie an dessen Sitzungen teilnehmen und dort verschiedene Beratungsrechte haben. Wir
- 5 möchten ihnen mehr Mitwirkungsrechte einräumen, indem sie bei Themen, die die von
- 6 ihnen jeweils vertretenen Beschäftigten betreffen, vor einer Entscheidung des
- 7 Betriebsrates zwingend zu beteiligen sind.
- 8
- 9 Begründung:
- 10
- 11 Erfolgt mündlich.



SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss                    B15  
Betreff                        Frauen in den Betrieben stärken  
Adressat                    SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Bundestagsfraktion

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

- 1    Wir fordern die Gleichstellung der Geschlechter und die Entgeltgleichheit in den
- 2    Unternehmen voranzubringen. Betriebsräte benötigen Mitbestimmungsrechte bei
- 3    Maßnahmen zur Herstellung von Entgeltgleichheit und zur Gewährleistung eines gewalt-und
- 4    belästigungsfreien Arbeitsumfeldes. Arbeitgeber:innen sollten einmal im Jahr auf
- 5    Betriebsversammlungen über Maßnahmen zur Gleichstellung und den Stand der
- 6    Entgeltgleichheit berichten. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einrichtung von
- 7    Gleichstellungsausschüssen ein, die zu gleichen Teilen von Kapitaleseite und
- 8    Beschäftigtenseite besetzt werden und sich mit der Gleichstellung der Geschlechter in den
- 9    Betrieben und Unternehmen befassen.
- 10
- 11   Wir wollen den Kampf gegen Diskriminierung in Betrieben und Unternehmen stärken.
- 12   Beschäftigte erleben in den Betrieben und Unternehmen immer wieder Diskriminierung aus
- 13   unterschiedlichen Gründen. Der Betriebsrat hat die Aufgabe, die Einhaltung des Allgemeinen
- 14   Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) zu überwachen und damit Diskriminierung
- 15   entgegenzuwirken. Er kann der Unternehmensleitung Vorschläge zum Kampf gegen
- 16   Diskriminierung machen, die jedoch nicht verbindlich sind. Wir möchten daher ein
- 17   Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Maßnahmen, die der Einhaltung des AGG dienen.
- 18
- 19   Begründung:
- 20
- 21   Erfolgte mündlich.



Antragsnummer B16 – erledigt durch B6  
Antragssteller Jusos Kassel-Stadt  
Betreff Ausführliche Datenerhebung und -veröffentlichung zum Thema Femizide  
Adressat SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt, SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Bundesparteitag, Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundestagsfraktion

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern eine ausführliche Datenerhebung und Veröffentlichung zum Thema
- 2 Femizide.

3

4 Begründung:

5

- 6 Statistisch gesehen wird in Deutschland jeden dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-
- 7 Partner getötet. Diese existenzielle Bedrohung für 50% unserer Gesellschaft ist aber nach wie
- 8 vor nicht ausreichend in der Bevölkerung verbreitet. Um das Thema sowohl für Forschende,
- 9 Medien und Menschen aus Präventionsarbeit angemessen behandelbar und der breiten
- 10 Öffentlichkeit zugänglich zu machen, braucht es eine hessenweite Aufarbeitung zu Femiziden
- 11 und eine in regelmäßigen Abständen erfolgende Veröffentlichung der erhobenen Daten.





Antragsnummer B17 - erledigt durch B6  
Antragssteller Jusos Kassel-Stadt  
Betreff Abschaffung der Tagessätze in Frauenhäusern durch eine ausreichende Finanzierung  
Adressat SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt, SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord, Juso-Bundeskongress

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1 Abschaffung der Tagessätze in Frauenhäusern durch eine ausreichende Finanzierung

2

3 Begründung:

4

5 Oft sind Frauenhäuser in Deutschland mit den anfallenden Personal- und  
6 Unterbringungskosten überfordert. Nicht selten werden diese dann auf ihre Bewohner:innen  
7 abgewälzt, was für Frauen eine hohe finanzielle Belastung darstellt und sie im schlimmsten  
8 Fall wieder zurück in die Hände der Täter treibt. Der Staat darf sich nicht länger auf Kosten von  
9 Opfern häuslicher Gewalt aus der Verantwortung ziehen und hat die Pflicht eine in der Art  
10 ausreichende Finanzierung für Frauenhäuser sicher zu stellen, dass Tagessätze in Zukunft der  
11 Vergangenheit angehören.



SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss            L1

Betreff                Kostenübernahme für Schulmaterialien in Hessen

Adressat              SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord,  
                             SPD-Landesparteitag Hessen

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

1    Wir fordern die Kostenübernahme durch das Land Hessen für alle unterrichtsbegleitenden  
2    Schulmaterialien für eine tatsächliche Lernmittelfreiheit. Das umfasst neben Pflichtlektüren,  
3    Büchern und Arbeitsheften auch Tablets oder vergleichbare Endgeräte für digitales Lernen

4

5    Begründung:

6

7    Der Schulalltag ist teuer. Neben der Grundausstattung (Schulranzen, Schreibhefte, Stifte  
8    uvm.) fallen ab der Mittelstufe verpflichtende Lektüren an (Deutsch Lektüren zum Beispiel)  
9    und unterrichtsbegleitende Materialien (Arbeitshefte abgestimmt auf Schulbücher). Allein für  
10    den Deutschunterricht kostet ein Arbeitsheft bis zu 20 Euro. Rechnet man dies für alle  
11    Fächer hoch, kommt man am Ende auf eine hohe Summe für Anschaffungskosten. Das  
12    Land Hessen sieht bisher einen Zuschuss von 150 Euro für Schulmaterialien pro Schuljahr  
13    vor, für Kinder deren Eltern den Kinderzuschlag, Wohngeld, Bürgergeld, Sozialhilfen oder  
14    Asylbewerberleistungen beziehen. Abgesehen davon, dass 150 Euro für den Grundbedarf  
15    an Schulmaterialien schon zu wenig ist, reichen diese erst Recht nicht für das verpflichtende  
16    Arbeitsmaterial. Auch bei vielen Familien, die keine staatliche Unterstützung erhalten, ist das  
17    Geld häufig knapp. Viele Kinder und Jugendliche erhalten auch gar keine Unterstützung von  
18    Zuhause. Daher fordern wir die Kostenübernahme dieser verpflichtenden,  
19    unterrichtsbegleitenden Materialien für mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit.  
20    Schulmaterialien sollten keine finanziellen Sorgen bereiten!

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	K1
Betreff	Verbot des Einsatzes von Laubbläsern, Laubsaugern und Mährobotern in städtischen Grünanlagen zum Schutz von Igel
Adressat	SPD-Fraktion Kassel

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kasseler Stadtverordnetenversammlung werden  
2 darum gebeten, sich dafür einzusetzen, dass für Igel gefährliche Geräte zur Pflege von  
3 Grünflächen wie Laubbläser, Laubsauger und Mähroboter auf städtischen Grünanlagen wie  
4 Wiesen, Blühstreifen, Spielplätzen und auf Friedhöfen nicht mehr zum Einsatz kommen  
5 dürfen.

6

7 Begründung:

8

9 Vorfahren des heutigen Igels tauchten erstmals bereits vor ungefähr 60 Millionen Jahren auf.  
10 Damit zählen die Igel zu den am längsten auf diesem Planeten existierenden Säugetieren.  
11 Durch eine auf maximale Erträge optimierte Agrarlandschaft haben sich die  
12 Lebensbedingungen der Tiere im ländlichen Raum derart verändert, dass heute in Städten  
13 bis zu neunmal mehr Igel vorkommen, als auf Flächen derselben Größenordnung auf dem  
14 Land<sup>1</sup>.

15

16 Im städtischen Raum sind Igel jedoch auch besonderen Bedrohungen ausgesetzt:  
17 Laubbläser und -sauger und blasen im Herbst ihre nur einhundert Gramm schweren  
18 Jungtiere aus ihren Nestern beziehungsweise saugen diese auf<sup>2</sup>. Auch kann es zu einer  
19 Nahrungsmittelknappheit für die Igel kommen, wenn Regenwürmer, Schnecken und weitere  
20 Insekten durch den Einsatz von Laubbläsern entfernt werden.

21

22 Vermehrt werden in Auffangstationen Igel mit teils schwersten Schnittverletzungen  
23 aufgenommen, welche ihnen durch Mähroboter zugefügt wurden, welche die Tiere nicht  
24 zuverlässig erkennen können<sup>3</sup>.

25

26 in weiterer bedeutsamer Aspekt ist die Belästigung durch Abgase und Lärm<sup>4</sup>, die zum Wohle  
27 von Tier und Mensch minimiert werden sollte.

28

29 Der Einsatz der genannten Geräte auf städtischen Grünflächen sollte zum Schutz der Igel  
30 und weiterer Wildtiere auf stadt-eigenen Grünflächen verboten werden.

---

1 <https://www.deutschewildtierstiftung.de/wildtiere/igel>

2 <https://www.welt.de/wissenschaft/article237465273/Artenschutz-Warum-Igel-nur-in-Staedten-ueberleben.html>

3 <https://www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/oekologisch-leben/balkon-und-garten/pflege/28166.html>

4 <https://www.bund-nrw.de/meldungen/detail/news/laubblaeser-und-laubsauger-schaden-mensch-und-natur/>

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	K2
Betreff	Gründung eines Studiengangs Humanmedizin an der Universität Kassel
Adressat	SPD-Landesparteitag, Arbeitsgruppe zur Erstellung des Kasseler Kommunalwahlprogramms

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

- 1 Wir fordern die Sozialdemokratie auf, sich in Absprache mit dem Präsidium der Universität
- 2 Kassel dafür einzusetzen, dass die Rahmenbedingungen zur Gründung eines
- 3 Studienganges „Humanmedizin“ an der Universität Kassel geschaffen werden.

4

5 Begründung:

6

- 7 Im Landtags-Wahlprogramm 2023 der SPD steht sinngemäß, dass die SPD personelle
- 8 Infrastruktur zur Einrichtung von Studienplätzen der Medizin schafft. Sowohl die Kasseler
- 9 Krankenhäuser und die des Umlandes als auch die kassenärztliche Vereinigung haben
- 10 große Nachfrage nach gut qualifizierten Ärzt:innen. Die Stadt Kassel mit ihrer Universität und
- 11 der Kliniklandschaft hat hervorragende Rahmenbedingungen, die zur Ausbildung von jungen
- 12 Ärzt:innen genutzt werden könnten.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss                    K3  
Betreff                        Kasseler Manifest 2.0  
Adressat                    SPD-Bundesparteitag,

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

1    Der Unterbezirksparteitag möge folgende Grundsätze und Thesen in Ergänzung des  
2    Kasseler Manifests von 2019 beschließen:

3

4    **I.**

5    Die SPD war und ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit!

6    Soziale Gerechtigkeit bedeutet:

7

8        -    das Ermöglichen einer gleichberechtigten Teilhabe von Kindern und Erwachsenen  
9            an gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Prozessen und Entwicklungen  
10           unabhängig vom persönlichen Einkommen.

11           Der Staat muss seine Bürger und Bürgerinnen vor strukturell bedingten Notlagen  
12           schützen und bei biografischen Bruchstellen Hilfsangebote machen, um seinen  
13           Bürgern und Bürgerinnen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen  
14           Leben zu ermöglichen. Dies ermöglicht soziale Sicherheit und damit sozialen  
15           Frieden.

16

17    Die Herstellung und Aufrechterhaltung sozialer Gerechtigkeit bedeuteten dabei auch direkt  
18    den Schutz von Demokratie und Rechtsstaat.

19

20    **II.**

21    Weltweit und auch in Deutschland werden die Reichen immer reicher und die Armen immer  
22    ärmer und die Mittelschicht verliert strukturell betrachtet an Einfluss, denn auf einen Beitrag  
23    der Mittelschicht zur wirtschaftlichen Wertschöpfung können die Reichen zunehmend  
24    verzichten; wenn nämlich die Mittelschicht wirtschaftlich durch Digitalisierung, künstliche  
25    Intelligenz und immer weitergehende voll automatisierte Produktionsprozesse zunehmend  
26    entbehrlich wird und damit wirtschaftlich und politisch an Bedeutung verliert.

27

28    Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit ist daher alles andere als überholt und muss heute und  
29    zukünftig mehr denn je zum Ziel haben, diejenigen die strukturell gesehen keine oder nur  
30    eine schwächere wirtschaftliche Bedeutung haben, dennoch zu gesellschaftlicher und  
31    politischer Teilhabe an der Macht zu befähigen.

32

33 Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit ist in diesem Zusammenhang auch ein Einsatz zur  
34 Bewahrung von Demokratie und Rechtsstaat, denn wie nie zuvor ermöglicht der sogenannte  
35 technische Fortschritt potenziell heute schon eine totalitäre Kontrolle aller Lebensbereiche  
36 und spielt damit antidemokratischen und autoritären Strömungen in die Hände.

37 Wir leben in einer Zeit, in der die dunkelsten Visionen einer totalitären Zukunft sich als  
38 gefährliche Alternativen einer gesellschaftlichen Entwicklung am Horizont immer klarer  
39 abzuzeichnen beginnen.

40 Regelbrecher wie Trump, Putin und Orbán weisen unter dem Applaus ihrer willigen  
41 Helfershelfer in allen Teilen der Welt den Weg in diese Richtung.

42

### 43 III.

44 Eine besondere Ausprägung sozialer Ungerechtigkeit sind die vielfältigen, häufig in der  
45 jeweiligen Kolonialgeschichte begründeten und/oder kriegsbedingten Ursachen für die Flucht  
46 von Menschen aus ihren Heimatländern in die reichen Industriegesellschaften des globalen  
47 Nordens, darunter auch Deutschland.

48 In diesem Zusammenhang gilt es, die Ursachen von Flucht und Vertreibung auch in der  
49 geschichtlich durch die Kolonialmächte verursachten strukturellen Ungleichheit zwischen den  
50 Staaten des globalen Nordens und den Staaten aus denen die Menschen in den Norden  
51 fliehen anzuerkennen, ebenso wie die Tatsache, dass die Strukturen des Wirtschaftens der  
52 entwickelten Industriegesellschaften des globalen Nordens aktuell zur Aufrechterhaltung und  
53 Verstärkung dieser schon in der Kolonialzeit begründeten strukturellen Benachteiligung der  
54 Staaten und Menschen aus dem globalen Süden beitragen.

55 Deshalb besteht eine Verpflichtung der entwickelten Industriegesellschaften des globalen  
56 Nordens und damit auch Deutschland, das Problem der Migration als dessen Mitverursacher  
57 in all seinen Ausprägungen und Auswirkungen als eigenes Problem anzuerkennen und die  
58 von Migration betroffenen Menschen, und ihre Herkunftsländer zu unterstützen.

59 Diese Unterstützung muss sich, soweit sie Menschen betrifft, die in Deutschland als  
60 Flüchtlinge angekommen sind, darauf richten, den Geflüchteten in Deutschland eine  
61 menschenwürdige Lebensperspektive und auch die Möglichkeit zur qualifizierten Integration  
62 in die Gesellschaft zu bieten.

63 Gleichzeitig sind in den Herkunftsländern der Geflüchteten soweit möglich mit den dortigen  
64 Regierungen Maßnahmen zu entwickeln, den Migrationsdruck zu vermindern und zu  
65 steuern.

66 Dies muss in der Einsicht geschehen, dass Deutschland mittel und langfristig darauf  
67 angewiesen ist, dass Menschen nach Deutschland kommen, um hier auch mit dafür zu  
68 sorgen, den demographiebedingten Wandel der Bevölkerungsstruktur zu kompensieren und  
69 insbesondere auch den Bedarf an benötigten Fachkräften zu decken.

70 Andererseits ist von allen nach Deutschland hinzuziehenden Menschen, die sich in  
71 Deutschland eine dauerhafte Lebensperspektive aufbauen wollen zu verlangen, dass sie  
72 sich zu den Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats in Deutschland unter besonderer  
73 Beachtung der in den Grundrechten zum Ausdruck kommenden Wertentscheidungen für die  
74 deutsche Gesellschaft bekennen und diese mittragen.

75 Eine aktive qualifizierte Migrationspolitik muss daher besondere Anstrengungen  
76 dahingehend Unternehmen, dass Integration nicht nur unter wirtschaftlichen  
77 Gesichtspunkten, sondern auch im Hinblick auf die in Deutschland historisch entwickelten  
78 Werte und Grundentscheidungen gelingt.

79

### 80 IV.

81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100  
101  
102  
103  
104  
105  
106  
107  
108  
109  
110  
111  
112  
113  
114  
115  
116  
117  
118  
119  
120  
121  
122  
123  
124  
125  
126  
127  
128  
129  
130  
131  
132

## Kasseler Manifest

Die SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit setzt sich daher ein für:

1. Eine Verminderung der ungleichen Vermögens- und Einkommensverhältnisse in Deutschland durch eine angemessene Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften
2. Für eine faire Verteilung der Steuerlast gemessen am tatsächlichen Gewinn von Personen und Unternehmen bei gleichzeitiger effektiver Bekämpfung von Steuervermeidung und Wirtschaftskriminalität.
3. Für die Einführung von Steuern und Sozialversicherungsabgaben auf Gewinne die durch spezialisierte, automatisierte Dienstleitungen und Produktionsprozesse generiert werden
4. Für den Ausgleich von Nachteilen die durch Strukturwandel in industriellen Fertigungsprozessen und durch die flächendeckende Einführung der Digitalisierung im Rahmen einer globalisierten Wirtschaft für die Bevölkerung entstehen können
5. Für die Aufhebung von Nachteilen insbesondere für Kinder aus einkommensschwachen oder Transferleistungen beziehenden Familien
6. Für die Schaffung der strukturellen Rahmenbedingungen, die es auch Bürgerinnen und Bürgern mit niedrigem Einkommen ermöglichen, zu erschwinglichen Mieten in guten städtischen Lagen eine Wohnung zu finden.
7. Für eine faire und angemessene materielle Würdigung einer langen Erwerbsbiographie auch wenn diese wesentlich durch ein niedriges Einkommen geprägt war
8. Für einen umfassenden auch kollektiven Schutz der Bürgerinnen und Bürger als Verbraucher vor den übervorteilenden und betrügerischen Machenschaften und Geschäftsmodellen lediglich an Profit ausgerichteter internationaler und nationaler Konzerne und Wirtschaftsunternehmen
9. Für einen umfassenden auch kollektiven Schutz der Meinungsfreiheit und der politischen Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger, vor manipulativer Ausnutzung der über das Internet und die Sozialen Netzwerke zur Verfügung stehenden BIG DATA
10. Für die Kontrolle und Transparenz von Lobbying durch Wirtschaftsunternehmen, Verbände und sonstige Interessengruppen und Einzelpersonen
11. Für eine Stärkung und Sicherung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und europäischer Ebene
12. Für die Stärkung demokratischer Prozesse, transparenter Strukturen und transparenter inhaltlicher und personeller Entscheidungsfindung innerhalb unserer Partei

- 133 13. Für eine effektive Bekämpfung der Ursachen und Folgen der weltweiten  
134 Klimakatastrophe, insbesondere soweit diese auch soziale Konsequenzen für  
135 Deutschland hat. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass Deutschland historisch  
136 betrachtet einer der Hauptverursacher des Menschen bedingten Klimawandels ist und  
137 dass die Bekämpfung der Klimakatastrophe deshalb auch gerechterweise mit einer  
138 Veränderung, d. h. auch mit Einschränkungen der bisherigen Lebensweise der  
139 Menschen in Deutschland verbunden sein kann.  
140  
141 14. Für die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements im Interesse einer  
142 solidarischen, kreativen Entwicklung der Gesellschaft.  
143  
144 15. Für eine tatsächliche Steuerung des Staates durch die gewählte Regierung selbst,  
145 nicht durch die anonymen Berater\*innen.  
146  
147 16. Für eine qualifizierte Integration von Menschen die als Flüchtlinge oder bereits zur  
148 Aufnahme bestimmter qualifizierter Tätigkeiten nach Deutschland kommen.  
149 Integration bedeutet in diesem Zusammenhang die nachhaltige Vermittlung von  
150 ausreichenden Sprachkenntnissen, die Zurverfügungstellung von angemessenen  
151 Wohnraum und insbesondere auch die Vermittlung der in Deutschland geltenden und  
152 die deutsche Gesellschaft maßgeblich tragenden Grundlagen eines demokratischen  
153 Rechtsstaats, der den Schutz der Menschenwürde, so wie sie in den Grundrechten  
154 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck kommen, als  
155 wichtigste Aufgabe von Staat und Gesellschaft beschreibt.  
156  
157 17. Zu den maßgeblich in Deutschland geltenden Werten gehört auch der  
158 Gleichheitsgrundsatz und insbesondere der Anspruch auf der Gestaltung aller  
159 Lebens- und Arbeitsbedingungen unter dem Gesichtspunkt der  
160 Geschlechtergerechtigkeit.

161  
162 Für jeden Mandatsträger und jede Mandatsträgerin oder den Inhaber oder die Inhaberin  
163 eines Parteiamtes in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist die Orientierung des  
164 eigen politischen Handelns an den obengenannten Inhaltspunkten verpflichtend und muss  
165 sich daran messen lassen.  
166

167 Begründung:

168  
169 Erfolgte mündlich.

170  
171 **Hinweis:**

172 Das Kasseler Manifest in seiner Fassung von 2019 ist seit diesem Jahr Beschlusslage des  
173 Unterbezirks Kassel Stadt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

174  
175 Die nachfolgend unter I. und II. dargestellten Passagen des Kasseler Manifests von 2019  
176 sind im Anschluss Teil des Bundesprogramms sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
177 geworden.  
178

179 Die seitdem vorangeschrittenen politischen Entwicklungen in Deutschland haben es  
180 notwendig erscheinen lassen, das ursprüngliche Kasseler Manifest von 2019 um Inhalte zu  
181 ergänzen, die die Migrationspolitik, die Klimakatastrophe und die Geschlechtergerechtigkeit  
182 betreffen.  
183

184 Nachfolgend ist der Volltext des Manifests dargestellt, wobei die zu beschließenden  
185 Ergänzungen unterstrichen hervorgehoben sind.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	K4
Betreff	Kassel hat keinen Platz für Rassismus und Gewalt
Adressat	SPD-Fraktion Kassel, SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

1 Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass die Stadt Kassel ein weiteres Zeichen gegen  
2 Rassismus und Gewalt setzt. Unter anderem können Schilder aufgestellt werden, auf denen  
3 steht „Kassel hat keinen Platz für Rassismus und Gewalt“.

4

5 Begründung:

6

7 Städte wie Gevelsberg, Ortsteile wie Frankfurt-Rödelheim oder auch viele Schulen setzen  
8 durch Schilder klare Zeichen für das gemeinsame Miteinander, ohne Platz für Rassismus  
9 und Gewalt. Es wird Zeit, dass auch Kassel sichtbare Zeichen setzt, die alle Menschen  
10 unmittelbar an Kassels Ortsschildern sehen. Entsprechend sollte auch die Kassel ein  
11 deutliches Zeichen setzen und vergleichbare Schilder aufstellen. Dies soll begleitet werden  
12 von einer Öffentlichkeitsarbeit, die dabei an die Morde an Halit Yozgat und Walter Lübcke  
13 erinnert. Daneben aber auch an das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und  
14 gegen Rassismus, wie beispielsweise bei der Demonstration im Januar mit ca.15.000  
15 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss                    K5  
Betreff                      MieterInnen in Kassel wieder schützen  
Adressat                    SPD-Fraktion Kassel, SPD-Fraktion im Landtag Hessen

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

- 1    - Die SPD-Landtagsfraktion soll sich dafür einsetzen,
- 2            • dass Kassel zum angespannten Wohnungsmarkt erklärt und die abgesenkte  
3            Kappungsgrenze von 15% wieder eingeführt wird  
4            • Außerdem soll sie sich für die Wiedereinführung des Gesetzes zur  
5            Wohnraumzweckentfremdung einsetzen  
6  
7  
8    - Die Kasseler Rathausfraktion
- 9
- 10            • soll sich für die Einführung einer Mieterschutzsatzung u.a. für die Stadtteile Mitte,  
11            Wehlheiden, Süd, Nordholland, Rothenditmold, Wesertor, und Vorderen Westen  
12            einsetzen  
13            • soll sich bei der GWG dafür einsetzen, den Bestand an Sozialwohnungen zu  
14            erhöhen.  
15            • Darüber hinaus soll sich die SPD-Fraktion dafür einsetzen, dass die GWG ihre  
16            Bestandswohnungen auf mindestens 10.000 Wohnungen aufstockt (von derzeit 8.400  
17            Wohnungen)  
18            • Außerdem sollen nach eventueller Enteignung und/oder Zerschlagung großer  
19            Immobilienkonzerne wie Vonovia Wohnungen bspw. Am Tannenwädchen gekauft  
20            werden.

21

22    Begründung:

23

24    In der letzten Sitzung des SPD Ortsvereins Vorderer Westen wurden aktuelle Entwicklungen  
25    auf dem Wohnungsmarkt in unserem Stadtteil offengelegt. Wenige Jahre nachdem das  
26    Bündnis gegen Entmietung sich gebildet hat, werden wieder Mietwohnungen in  
27    Eigentumswohnungen umgewandelt und die Sozialquote der Stadt Kassel ausgehebelt.

28    Als Partei der Sozialen Gerechtigkeit steht die SPD in der Pflicht sich stets und ohne  
29    Einschränkung an die Seite der Mieter\*innen in unserer Stadt zu stellen. Der  
30    Mieter\*innenschutz in Kassel wird von der aktuellen Koalition im Rathaus vernachlässigt.  
31    Umso dringender muss sich die SPD dafür einsetzen.

32    Mit dem Eintritt der SPD in die Landesregierung kann Kassel wieder zum angespannten  
33    Mietmarkt erklärt werden und folglich besserer Schutz für die Mieter\*innen erreicht werden.  
34    Alle kommunalen Schutzmechanismen also auch die Enteignung von Wohnungen nach dem  
35    Vorbild von Berlin als auch ein Zweckentfremdungsverbot müssen ausgeschöpft werden.

36

37 Erklärungen:

38 Als Zweckentfremdung von Wohnraum in Sinne des Gesetzes gelten dagegen  
39 insbesondere:

- 40 • ein länger als drei (früher: sechs Monate) andauernder Leerstand
- 41 • ein geplanter Abriss
- 42 • eine Verwendung oder Überlassung für überwiegend gewerbliche oder berufliche  
43 Zwecke
- 44 • eine bauliche Veränderung oder Nutzung, die den Wohnraum für die Verwendung zu  
45 Wohnzwecken ungeeignet macht
- 46 • die nicht nur vorübergehende gewerbliche oder gewerblich veranlasste Nutzung für  
47 Zwecke der Fremdenbeherbergung (zum Beispiel die Vermietung als  
48 Ferienwohnung).

49 Umwandlungsverbot:

50 Genehmigungsvorbehalt für Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Gemeinden  
51 mit angespanntem Wohnungsmarkt

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	K6
Betreff	Erstellung eines Radweges entlang der Eugen-Richter-Straße zwischen Druseltalstraße und Leuschnerstraße zur Absicherung des dortigen Radverkehrs insbesondere für die Schul- und KITA-Kinder von KITAs und Fridtjof-Nansen-Schule
Adressat	SPD-Fraktion Kassel

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

- 1 Die Erstellung eines Radweges entlang der Eugen-Richter-Straße zwischen Druseltalstraße
- 2 und Leuschnerstraße zur Absicherung des dortigen Radverkehrs insbesondere für die KITA-
- 3 und Schulkinder von KITAs, Fridtjof-Nansen-Schule und Wilhelmsgymnasium.
- 4
- 5 Begründung:
- 6
- 7 Der Radverkehr in der Stadt soll gefördert werden. Dafür sind sichere Radverbindungen
- 8 dringend nötig.
- 9 Entlang der Eugen-Richter-Straße ist zwischen der Druseltalstraße und der Leuschnerstraße
- 10 der auf der Fahrbahn aufgebracht Radstreifen mehrfach und gerade an Steigungen
- 11 unterbrochen, so dass ein sicheres Radfahren auf dem genannten Abschnitt nicht möglich
- 12 ist. Dies ist insbesondere für die Kinder gefährlich, die von der Marbachshöhe kommend die
- 13 Fridtjof-Nansen-Schule besuchen wollen, zur KITA gebracht werden oder vom WG
- 14 heimfahren wollen.
- 15
- 16 Um eine sichere Radverbindung entlang der Eugen-Richter-Straße zwischen Druseltalstraße
- 17 und Leuschnerstraße zu gewährleisten ist die Einrichtung eines entsprechenden Radweges
- 18 dringend geboten.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	K7
Betreff	Neubau eines Bürgerhauses (Olof-Palme-Haus) im Stadtteil Süsterfeld/Helleböhn als Begegnungsstätte für Jugendliche und Bürgerinnen sowie Bürger im Stadtteil und für die Bildungsarbeit der Volkshochschule
Adressat	SPD-Fraktion Kassel

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

1 Den Neubau eines Bürgerhauses (Olof-Palme-Haus) im Stadtteil Süsterfeld/Helleböhn als  
2 Begegnungsstätte für Jugendliche und Bürgerinnen sowie Bürger im Stadtteil und für die  
3 Bildungsarbeit der Volkshochschule einzufordern.  
4

5 Begründung:  
6

7 Im Jahr 2019 (vor 5 Jahren) wurde der Betrieb in unserem Bürgerhaus Olof-Palme-Haus auf  
8 Grund von baulichen Mängeln abgebrochen. Seither haben die Bürgerinnen und Bürger  
9 dieses Stadtteils keine Begegnungsstätte mehr. Die Jugendlichen des Stadtteils, die hier  
10 vom IB (Internationaler Bund für Jugendarbeit) betreut wurden haben keine adäquate  
11 Anlaufstelle mehr. Die Mitarbeiterin des Jugendamtes (Fr. Koldewey von Roden) hat ihr Büro  
12 verloren. Die Kurse der Volkshochschule wurden verlegt oder nicht mehr angeboten, so dass  
13 im Stadtteil keine qualifiziert Bildungsarbeit mehr stattfindet. Die Vereine des Stadtteils  
14 haben keinen Treffpunkt mehr für Sitzungen und Veranstaltungen. Der Ortsbeirat ist  
15 „heimatlos“ geworden. Die Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils haben keine Möglichkeit  
16 für Familienfeste mehr.

17 Der Neubau eines Bürgerhauses wurde bereits 2021 fest zugesagt und es gab bei der OBR-  
18 Sitzung am 15.06.2021 Vorplanungen, welche von F. Völker und weiteren Mitgliedern des  
19 Magistrats vorgestellt wurden.  
20

21 Zur Aufrechterhaltung der Jugendarbeit, der Förderung der Identifizierung der Bürger mit  
22 diesem Stadtteil und der kulturellen Vielfalt ist eine zügige Neuerstellung unseres  
23 Bürgerhauses dringend geboten.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	K8
Betreff	Einrichtung einer Hotline des Jugendnotdienstes für Kassel
Adressat	SPD-Fraktion Kassel

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

1 Wir fordern die Einrichtung eines Jugendnotdienstes, der auch außerhalb der Öffnungszeiten  
2 des Jugendamtes erreichbar ist. Dies soll begleitet werden von einer  
3 Öffentlichkeitskampagne, um über die Verfügbarkeit von diesem Notdienst zu informieren.  
4 Die Hotline soll dazu dienen, Jugendlichen und ihren Familien in Not- oder Krisensituationen  
5 eine anonyme Beratung anzubieten. Der Service soll rund um die Uhr verfügbar sein.  
6

7 Begründung:

8  
9 In vielen deutschen Städten gibt es bereits einen solchen Jugendnotdienst, wie zum Beispiel  
10 in Berlin. Dieser bietet eine wichtige Anlaufstelle für junge Menschen und ihre Familien,  
11 wenn sie dringend Hilfe benötigen. Der Dienst ermöglicht es den Betroffenen, sich bei Bedarf  
12 auch 209 anonym beraten zu lassen.  
13 Wir sind der Meinung, dass eine vergleichbare Einrichtung auch in Kassel eingerichtet  
14 werden sollte. Gerade in Zeiten von Corona haben viele junge Menschen mit schwierigen  
15 Situationen zu kämpfen -sei es aufgrund von finanziellen Problemen innerhalb ihrer Familie  
16 oder wegen psychischer Belastungen durch den Lockdown und das Homeschooling.  
17 Eine Hotline des Jugendnotdienstes könnte hierbei helfen und damit zur Verbesserung der  
18 Lebenssituation junger Menschen beitragen. Wir fordern daher die Stadtverwaltung auf,  
19 zeitnah entsprechende Maßnahmen einzuleiten und dafür Sorge zu tragen, dass ein solcher  
20 Service schnellstmöglich bereitgestellt wird.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss                    K9  
Betreff                      Code Wort Luisa  
Adressat                    SPD-Fraktion Kassel

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

1    Wir fordern die Einführung des Codeworts "Ist Luisa da?" als Hilfsmittel gegen sexuelle  
2    Belästigung. Wir fordern daher die SPD-Fraktion in Kassel dazu auf, sich gemeinsam mit  
3    Bündnispartnern, wie den Gewerkschaften (NGG, Frauengruppen, etc) für die Einführung  
4    dieses Hilfsmittels bei Clubbetreibern einzusetzen. Hierdurch könnte vielen Frauen geholfen  
5    werden, die sonst nicht wüssten, wie Sie gegen sexuelle Belästigungen vorgehen sollen.

6

7    Begründung:

8

9    Sexuelle Belästigung ist ein ernstes Problem in unserer Gesellschaft. Gerade im Nachtleben  
10    kommt es immer wieder zu ungewollten Annäherungen oder Übergriffen auf Frauen. Oftmals  
11    trauen sich Betroffene nicht, um Hilfe zu bitten oder eine offizielle Beschwerde einzureichen.  
12    Das Codewort "Ist Luisa da?" soll hierbei Abhilfe schaffen. Wenn Frauen belästigt werden  
13    oder sich bedroht fühlen, können sie das Personal ansprechen und nach Luisa fragen. Das  
14    Personal weiß dann sofort Bescheid und kann der betroffenen Person helfen, indem sie an  
15    einen sicheren Ort gebracht wird und von dort aus zum Beispiel ein Taxi oder die Polizei  
16    gerufen werden kann.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss                    K10

Betreff                      Handläufe an der Treppenstraße

Adressat                    SPD-Fraktion Kassel

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

1    Wir fordern neue Handläufe an der Treppenstraße, da diese sowohl für Menschen mit  
2    Geheinschränkungen als auch bei schwierigen Wetterverhältnissen nicht ausreichend  
3    vorhanden sind und damit einer barrierearmen Innenstadt entgegenstehen. Die Kasseler  
4    SPD-Fraktion wird aufgefordert, sich für neue Handläufe einzusetzen.

5

6    Begründung:

7

8    Die Treppenstraße in der Kasseler Innenstadt ist nicht nur eine der ersten Fußgängerzonen  
9    in Deutschland, sondern noch heute eine wichtige Verbindung zwischen Hauptbahnhof und  
10    Innenstadt. Als Verbindungsachse zwischen Scheidemann- und Friedrichsplatz sollen die  
11    Treppen von allen Menschen – ungeachtet ihrer körperlichen Konstitution und der  
12    Wetterverhältnisse - genutzt werden können. Gerade für Menschen mit Geheinschränkungen  
13    oder bei Glatteis sind die aktuellen Handläufe jedoch nicht adäquat. Entweder sie sind  
14    inexistent oder derart unzulänglich angebracht, dass sie nicht gut genutzt werden können (zu  
15    kurz, jeweils an unterschiedlichen Seiten, weswegen an Zwischenplateaus eine unnötige  
16    Querung erfolgen muss).

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	O1
Betreff	Gründung einer zentralen Arbeitsgruppe für Demokratie und gegen Rechtsextremismus
Adressat	SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

- 1 Der UBV wird aufgefordert eine zentrale Arbeitsgruppe auf UB-Ebene für Demokratie und
- 2 gegen Rechtsextremismus einzurichten.
- 3
- 4 Begründung:
- 5
- 6 Erfolgte mündlich.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	O2
Betreff	Antirassismusworkshops für alle Mitglieder in Bildungsprogramm aufnehmen
Adressat	SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

- 1 Der Vorstand des SPD Bezirks Hessen-Nord wird gebeten, regelmäßige Antirassismus-  
2 Workshops für alle seine Mitglieder in sein Bildungsprogramm aufzunehmen. Die Workshops  
3 sollen alle Mitglieder, auch die Entscheidungsträger:innen unserer Partei, unterstützen,  
4 eigene Denkmuster zu reflektieren und sensibler mit dem Thema Rassismus umzugehen.  
5 Die Workshops sollen von professionellen Berater:innen für Rassismuskritik und  
6 Antirassismus durchgeführt werden. Teilnehmende werden durch die Workshops befähigt,  
7 Rassismuskritik noch ernster zu nehmen, Rassismus selbst zu erkennen und rassistische  
8 Denkmuster, Rhetorik, sowie Klischees nicht zu reproduzieren.
- 9 Die Workshops können regelmäßig halbjährlich oder jährlich, begleitet von verschiedenen  
10 Expert:innen mit unterschiedlichen Perspektiven, angeboten werden.

11

12 Begründung:

13

14 Das politische Klima in Deutschland wird immer rauher, die sogenannte "Grenze des  
15 Sagbaren" immer weiter nach rechts gerückt und rechte Rhetorik salonfähig gemacht.  
16 Rassistische Ressentiments gegen Geflüchtete und Migrant:innen sowie Menschen mit  
17 sichtbarer Migrationsgeschichte, BPoc- und Afro-Deutsche sowie Menschen, die mit Akzent  
18 sprechen, nehmen zu. Zahlreiche Menschen sind, teilweise auch durch Äußerungen unserer  
19 Entscheidungsträger:innen, verunsichert.  
20 Deshalb ist es wichtig anzuerkennen, dass Rassismus ein parteiübergreifendes Problem ist,  
21 das am besten auf individueller Ebene durch Aufklärung und Bildungsmöglichkeiten  
22 angegangen wird.

23 Indem wir interessierten Mitgliedern und Entscheidungsträger:innen auf lokaler Ebene eine  
24 Chance geben, sich für das Thema Rassismus zu sensibilisieren, sich mit eigenen  
25 rassistischen Reflexen auseinanderzusetzen und rassistische Denkmuster zu verstehen und  
26 zu erkennen, leisten wir einen Beitrag zur Stabilisierung unserer Demokratie.

27 Die Teilnehmenden der Workshops werden außerdem dazu befähigt, Ihre Entscheidungen  
28 nach antirassistischen und diskriminierungssensiblen Kriterien zu hinterfragen. So ist dafür  
29 gesorgt, dass mehr Amts- und Mandatsträger:innen nachhaltig antirassistisch Politik für alle  
30 Menschen machen.

31

32 Konkret können im Rahmen von Workshops folgende Fähigkeiten erarbeitet werden:

- 33 1. eigene Denkmuster zu erkennen.  
34 2. üben, nachhaltig gegen Rassismus zu argumentieren.  
35 3. eigene politische Entscheidungen zu hinterfragen und Politik zu machen, die zur  
36 Sicherheit und einem guten Leben für alle Menschen in Deutschland führt.  
37 4. sich eine diskriminierungssensible Sprache anzueignen.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	O3
Betreff	Alternatives Konzept zur bisher praktizierten haushaltsabdeckenden Wahlwerbung mittels Briefkastenflyer
Adressat	SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

- 1 Der Parteitag möge beschließen, dass der Kasseler Unterbezirk ein alternatives Konzept zur  
2 bisher praktizierten haushaltsabdeckenden Wahlwerbung mittels Briefkastenflyer entwickelt.  
3
- 4 Begründung:  
5
- 6 Wahlkampfzeit ist Flyerzeit. Die heutigen Wahlkämpfe sind geprägt von modernen, aber  
7 auch althergebrachten Methoden der Wahlwerbung. Zu den traditionellen Mitteln gehört auch  
8 das haushaltsabdeckende Verteilen von Wahlwerbeflyern. So ist es üblich, dass Flyer in  
9 sechsstelliger Größenordnung allein für das Kasseler Stadtgebiet bestellt werden.  
10
- 11 In der Vergangenheit ist zu beobachten, dass das Interesse der Bevölkerung an Flyern  
12 immer geringer wird. Unterstrichen wird dies durch die Zunahme an sog. Keine-Werbung-  
13 Aufklebern, die einen Flyereinwurf verbieten. Die Bereitschaft die Hauseingangstüren, und  
14 somit den Zugang zu Briefkästen zu öffnen, wird nicht selten von abfälligen Kommentaren  
15 der Mieter begleitet oder bleibt gar ganz verwehrt. Auch ist zu beobachten, dass viele Flyer  
16 unmittelbar den Weg in die Papiertonne finden.  
17
- 18 Allgemein formulierte Flyer sprechen die Belange der Stadtteilbevölkerung sehr unspezifisch  
19 an. Für viele Menschen kommt die Sprachbarriere hinzu. Der Effekt von Wahlwerbeflyern  
20 muss daher infrage gestellt werden.  
21
- 22 Hinzu kommt, dass durch das Flyerverteilen hohe materielle Ressourcen in Form von Papier,  
23 Energie und Geld verbraucht werden. Auch der personelle Einsatz ist immens und kann  
24 vielfach durch die Ortsvereine nicht mehr abgedeckt werden.  
25
- 26 Der Unterbezirk Kassel möge dies für kommende Wahlkämpfe überdenken und alternative  
27 Wege zur Wahlwerbung entwickeln. Hierbei sollen stadtteilbezogene Wahlkampfmaterialien  
28 (insbesondere bei Kommunalwahlen) und die Nutzung von Social-Media in die  
29 Überlegungen einbezogen werden.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss	O4
Betreff	Politische Teilhalbe erleichtern durch Barrierefreiheit
Adressat	SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt, SPD-Landesparteitag Hessen, SPD-Fraktion Kassel, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

1 Wir fordern den Einsatz von Livetranskription wie zum Beispiel über Webex oder ähnliche  
2 Plattformen für Redebeiträge, damit hörgeschädigte Menschen mitpartizipieren und damit  
3 mitgestalten können.

4

5 Begründung:

6

7 In Deutschland leben mehr als 15 Millionen Menschen mit einer Hörbeeinträchtigung. Dabei  
8 entstehen Hörschäden aus den unterschiedlichsten Gründen. Sei es von Geburt an,  
9 während des Erwerbslebens aufgrund von hoher Lärmbelastung und fehlenden  
10 Arbeitsschutzes oder Altersbedingt. Laut des Deutschen Berufsverbandes der HNO-Ärzte ist  
11 jeder 15 Mensch in Deutschland Schwerhörig und ab der Altersgruppe 50 aufwärts bereits  
12 jeder 4 von einer Hörminderung betroffen. Vor diesem Hintergrund empfiehlt es sich für eine  
13 Livetranskription auf Parteitagen einzusetzen, um zu gewährleisten, dass niemand  
14 zurückgelassen wird.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt  
Parteitag/Mitgliederversammlung 27. April 2024

Beschluss            O5  
Betreff                Easy-Mailer überarbeiten  
Adressat              SPD-Bundesparteitag,

Der Unterbezirksparteitag beschloss:

- 1 Die Fußzeile von Mails die mittels „EasyMailer“ erstellt wurden sieht wie folgt aus:
- 2 Du möchtest keine E-Mails vom Ortsverein xy erhalten? Dann klicke bitte hier.
- 3 Du möchtest keine E-Mails mehr von uns erhalten? Hier alle SPD-Mails abbestellen.
- 4
- 5 Unser Eindruck ist, dass Genossinnen und Genossen häufig, durch einfaches und
- 6 unbeabsichtigt anklicken dieser Zeile, die Zustellung von SPD E-Mails beenden bzw.
- 7 blockieren.
- 8
- 9 Immer wieder wundern sich Genossinnen und Genossen dann darüber, dass sie keine SPD
- 10 E-Mails mehr erhalten.
- 11
- 12 Wir schlagen deshalb vor, dass unsere IT-Spezialisten dazu aufgefordert werden die
- 13 Fußzeile so technisch umzugestalten, dass ein versehentliches unterbinden der Zustellung
- 14 von SPD-Mails vermieden wird.
- 15
- 16 Begründung:
- 17
- 18 Erfolgte mündlich.